

Antrag Nr. 12-O-12-0033

SPD-Fraktion

Betreff:

Prioritätenliste „Schulbau und Schulentwicklung“; hier: Hermann-Ehlers-Schule und Justus-von-Liebig-Schule (SPD)

Antragstext:

Antrag der SPD-Fraktion:

1. Der Ortsbeirat erwartet von Magistrat/Schuldezernat die unverzügliche Vorlage der „Prioritätenliste“.
2. Zur nächsten Ortsbeiratssitzung sind Vertreter der zuständigen Fachämter einzuladen, die Einzelheiten der notwendigen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen kompetent erläutern können.

Ebenfalls einzuladen sind die verantwortlichen Schulleiter von Hermann-Ehlers-Schule und Justus-von-Liebig-Schule sowie die Vorsitzenden der beiden Elternbeiräte.

Begründung:

Der Wiesbadener Tagespresse war zu entnehmen, dass der Magistrat am 15.05.2012 eine 187 Positionen umfassende Prioritätenliste der notwendigen Schulbausanierungsmaßnahmen für Wiesbaden beschlossen hat.

Die Schuldezernentin hat unmittelbar danach die Ortsvorsteher bzw. Ortsvorsteherinnen sowie die Schulleitungen zu einer Info-Veranstaltung am 01.06.2012 ins Wiesbadener Rathaus eingeladen.

In dieser Veranstaltung wurde ganz allgemein über die Methodik der bewerteten baufachlichen Kriterien (Baukonstruktion, Haustechnik, Sicherheit und Energie) berichtet. Ob tatsächlich jeder Schule - wie behauptet wurde - ein objektiv nachvollziehbarer Rangplatz zugeteilt wurde, konnten die anwesenden Vertreter der Ortsbeiräte nicht beurteilen, da ihnen die Prioritätenliste nicht vorlag. Deshalb war und ist es den Ortsbeiratsmitgliedern bisher nicht möglich, das Ergebnis eines sicherlich umfangreichen Erstellungs- und Abstimmungsprozesses inhaltlich zu bewerten.

Auf Nachfrage hieß es, dass die Ortsbeiräte diese Liste erst nach deren endgültiger Verabschiedung durch das Stadtparlament (voraussichtlich am 21.06.2012) erhalten sollen. Diese verspätete vollständige Information durch die politisch Verantwortlichen kritisieren wir nachdrücklich. Das gewählte Verfahren hat zweifellos den „Vorzug“, dass die schwierige Thematik vergleichsweise „reibungsfrei“ abgewickelt werden kann. Mit Offenheit und Transparenz hat dies jedoch ebenso wenig zu tun wie mit der immer wieder beschworenen Wertschätzung von Ortsbeiräten, deren Stellungnahme eigentlich vor Abschluss eines politischen Meinungsbildungsprozesses eingeholt werden sollte.

Unbeschadet dessen möchten wir die von Frau Stadträtin Scholz angebotene Gelegenheit nutzen, unser Interesse an weitergehenden Gesprächen bekunden und - wie aus dem Beschlussantrag ersichtlich - in der nächsten Ortsbeiratssitzung mit den Verfassern der Prio-Liste und den betroffenen Schulen eine sicherlich interessante Diskussion zu führen.

Wiesbaden, 05.06.2012

Reinhold
Fraktionssprecher